

Jahresbericht der Aufsichtsbehörde in Betreibungs- und Konkursachen für den Kanton Bern

Autor(en): **Abrecht / Pflüger**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1943)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417297>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

JAHRESBERICHT

DER

AUFSICHTSBEHÖRDE IN BETREIBUNGS- UND KONKURSSACHEN FÜR DEN KANTON BERN

ÜBER DAS JAHR 1943

An den Appellationshof des Kantons Bern und an die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer des Schweizerischen Bundesgerichts in Lausanne

Gesamthaft betrachtet ist die Geschäftslast der Betreibungs- und Konkursämter sowie der untern Aufsichtsbehörden ungefähr die gleiche geblieben wie 1942 (vgl. die nachstehenden Tabellen II und III). Zurückgegangen sind allgemein die Konkurse, während die Zahl der Lohnpfändungen merklich zugenommen hat. Die kantonale Aufsichtsbehörde hat daher auch im Berichtsjahr der Frage des existenzminimalen Bedarfes besondere Beachtung geschenkt. So wurden durch Kreisschreiben vom 25. Mai 1943 sämtliche Ämter angewiesen, die — bei Kriegsausbruch gut 15 % zu hoch liegenden — Ansätze der Tabelle Elmer 1930 um 30 % zu erhöhen. Kurz darauf publizierte Dr. Elmer seine neue Arbeit: «Der unpfändbare Lohn 1943.» Die darin enthaltenen Ansätze und rechtlichen Erörterungen sind als private Ansichtsaussage des Verfassers zu betrachten. Im Spätherbst des Berichtsjahres sodann erschien als Sonderheft 44 der «Volkswirtschaft» der von der Lohnbegutachtungskommission des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes ausgearbeitete «Beitrag zur Frage des existenzminimalen Bedarfes». Für die Betreibungs- und Gerichtspraxis von besonderem Wert wäre eine wesentlich vereinfachte Zusammenfassung dieses reichhaltigen Zahlenmaterials. In diesem Zusammenhang sei übrigens darauf hingewiesen, dass die Frage des Existenzminimums geprüft werden muss nicht nur bei Vornahme von Lohnpfändungen, sondern auch bei Erteilung des Armenrechts durch den Appellationshof (Art. 77 bernische ZPO); ferner in Strafverfahren wegen Vernachlässigung von Unterstützungspflichten (Art. 217 StGB).

Im ganzen Kantonsgebiet stark zugenommen haben die Eintragungen im Register der Eigentumsvorbehalte, das eben im Berichtsjahr (Kreisschreiben vom 3. Februar 1943) gemäss bundesgerichtlicher Verordnung vom 29. März 1939 bereinigt wurde.

An weitem administrativen Arbeiten seien hier erwähnt: Auf Gesuch eines interessierten Verbandes, das von den Betreibungsämtern Bern, Biel und Thun

befürwortet wurde, verfügte die kantonale Aufsichtsbehörde durch Kreisschreiben vom 15. Juli 1943, dass künftig in jeder Miet- oder Pachtzinsbetreibung dem Schuldnerdoppel des Zahlungsbefehls ein auf die Schutzbestimmungen der Art. 36 ff. VMZ (Verordnung des Bundesrates vom 24. Januar 1941 über vorübergehende Milderung der Zwangsvollstreckung) hinweisender Aufdruck beigeheftet werde. In einem kürzlichen, die Art. 35 ff. VMZ betreffenden Kreisschreiben hat das Bundesgericht diese Art Orientierung der — meist rechtsunkundigen — Schuldner begrüsst.

Ferner wurde durch Eingabe vom 9. November 1943 dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement Kenntnis gegeben von verschiedenen in der Praxis zutage getretenen Mängeln der heute geltenden Hotelschutzverordnung.

Jedes Betreibungs- und Konkursamt wurde im Berichtsjahr je einmal vom Gerichtspräsidenten und den Mitgliedern oder dem Sekretär der kantonalen Aufsichtsbehörde inspiziert. Aus den Inspektionsberichten der untern Aufsichtsbehörden sei erwähnt: Als gänzlich ungenügend schildert der Gerichtspräsident I von Bern die Raumverhältnisse, unter denen in seinem Bezirk die bei Schuldnern beschlagnahmten Gegenstände aufbewahrt werden müssen. Er hält Abhilfe für dringend geboten. Die Gerichtspräsidenten von Interlaken und Oberhasli sodann wiederholen ihre alte Klage über ungenügende Archivverhältnisse in den ihnen unterstellten Ämtern. — Die Kontrolle des Kassa- und Gebührenwesens erfolgte wie üblich durch Beamte der Finanz- und Justizdirektion.

Schwere Disziplinarmaßnahmen mussten im Berichtsjahr weder gegen Betreibungs- und Konkursbeamte noch gegen Angestellte oder Weibel ergriffen werden. Hierbei ist allerdings zu bemerken, dass ein Disziplinarverfahren gegen einen Betreibungsgehilfen nur deshalb nicht mit Amtsentsetzung endigte, weil der Fehlbare in dessen Verlauf seinen Rücktritt erklärte.

Tätigkeit der kantonalen Aufsichtsbehörde: Hier langten im Berichtsjahre 463 neue Geschäfte ein (1942: 532; 1941: 470). Dazu kommen 47 Fristverlängerungen in hängigen Konkursen (1942: 54; 1941: 69). Von früher her waren noch hängig 51 Geschäfte. Von diesen insgesamt 514 Geschäften wurden im Berichtsjahr 503 erledigt (1942: 553; 1941: 460). Die übrigen 11 wurden auf das Jahr 1944 übertragen.

Bei den erledigten Geschäften handelt es sich um 150 (256) Beschwerden, 41 (29) Rekurse gegen erstinstanzliche Beschwerdeentscheide, mit Einschluss von 2 (1) Notstundungs- und 5 (2) bäuerlichen Sanierungsverfahren, 9 (6) Nachlassrekurse, 36 (38) Hotelschutzgesuche, 5 (3) Disziplinarentscheide, 24 (26) Fristverlängerungen zur Beendigung konkursrechtlicher Liquidationen, 30 (34) Neu- bzw. Wiederwahlen von Betreibungsgehilfen (teils provisorisch), 31 (41) Urlaubsgesuche, 37 (35) Anfragen und 140 (85) Verfügungen und Beschlüsse.

Von den 150 beurteilten Beschwerden wurden abgewiesen 60 (58), zugesprochen 22 (93), teilweise zugesprochen 10 (11), an die untere Instanz gemäss § 23 EG zum SchKG gewiesen 5 (25), durch Rückzug oder sonst erledigt 43 (44); nicht eingetreten wurde auf 10 (25) Beschwerden.

Rekurse gegen erstinstanzliche Beschwerdeentscheide gemäss Art. 18 SchKG wurden abgewiesen 22 (13), begründet erklärt 4 (9), teilweise begründet erklärt 10 (3), durch Rückzug oder sonst erledigt 4 (2), zur Neuurteilung an die erste Instanz zurückgewiesen 0 (1); nicht eingetreten wurde auf 1 (1) Rekurs.

Von den Nachlass- und Notstundungsrekursen wurden 3 (2) abgewiesen, 1 (2) begründet erklärt. Re-

kurse im bäuerlichen Sanierungsverfahren wurden 5 (2) wie folgt entschieden: Abgewiesen 2 (2), teilweise begründet erklärt 1 (0), als gegenstandslos abgeschrieben 1 (0), zur Neuurteilung an die Vorinstanz zurückgewiesen 1 (0).

Von den 36 (38) Hotelschutzgesuchen wurden 3 (3) abgewiesen, 4 (2) durch Rückzug erledigt, 1 (6) als gegenstandslos abgeschrieben; auf 1 (0) Gesuch wurde nicht eingetreten; in den übrigen 27 (27) Fällen bestätigte die Aufsichtsbehörde Nachlassverträge.

Ferner wurden in hängigen Hotelschutzverfahren 5 Nachlaßstundungen erteilt und 6 Nachlaßstundungen verlängert.

25 (27) Entscheide unserer Behörde wurden an die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer des schweizerischen Bundesgerichts weitergezogen; diese Instanz nahm zu den Rekursen wie folgt Stellung: Nichteintreten in 2 (3), Abweisung in 13 (19), Zuspruch in 4 (2), teilweiser Zuspruch in 3 (1), Rückweisung zur Neuurteilung in 3 (2) Fällen.

Bern, den 7. März 1944.

*Im Namen
der kantonalen Aufsichtsbehörde
in Betreibungs- und Konkursachen,*

Der Präsident:

Abrecht

Der Sekretär:

Pflüger

**Verzeichnis der Angestellten der Betreibungs- und Konkursämter
sowie der ordentlichen Aushilfsentschädigungen pro 1943**

Amtsbezirke	Zahl der Angestellten	Klassen					Ordentliche Aushilfsentschädigungen
		I	II	III	IV	V	
Aarberg	1	—	—	1	—	—	Fr. 500.—
Aarwangen	2	—	1	1	—	—	500.—
Bern	28	9	3	8	6	2	500.—
Biel	13	5	2	4	2	—	—
Büren	1	—	—	1	—	—	500.—
Burgdorf	2	1	1	—	—	—	—
Courtelary	4	1	—	1	1	1	—
Delsberg	4	—	1	1	1	1	500.—
Erlach	1	—	—	1	—	—	—
Fraubrunnen	1	—	—	—	1	—	—
Freibergen	1	—	—	1	—	—	—
Frutigen	1	—	—	1	—	—	500.—
Interlaken	4	1	1	1	1	—	500.—
Konolfingen	1	—	—	—	—	1	500.—
Laufen	2	—	—	1	1	—	—
Laupen	1	—	—	1	—	—	—
Münster	4	1	—	2	1	—	500.—
Neuenstadt	1	—	1	—	—	—	—
Nidau	2	—	1	—	1	—	—
Oberhasli	1	—	—	1	—	—	—
Pruntrut	5	1	—	2	1	1	—
Saanen	1	—	—	1	—	—	500.—
Schwarzenburg	1	—	—	1	—	—	—
Seftigen	2	—	1	—	—	1	—
Signau	1	—	—	—	1	—	—
Ober Simmental	1	—	—	—	1	—	—
Nieder-Simmental	1	—	—	—	1	—	500.—
Thun	9	2	—	5	1	1	—
Trachselwald	1	—	—	1	—	—	500.—
Wangen	1	—	1	—	—	—	500.—
Total	98	21	13	36	20	8	6500.—

**Zahl der von den Gerichtspräsidenten als untere Aufsichtsbehörde
im Jahre 1943 behandelten Beschwerden nach Art. 17 SchKG**

Amtsbezirke	Zahl der Beschwerden ¹⁾	Gefällte Entschiede einschliesslich Abschreibungsbeschlüsse	Disziplinarverfügungen	Zeitdauer der Erledigung der Beschwerden		
				Maximum Tage	Minimum Tage	Mittel Tage
Aarberg	—	—	—	—	—	—
Aarwangen	2	2	—	6	1	3
Bern I	114	107	—	164	1	9 ⁴
Biel II	9	7	—	30	9	15
Büren	3	3	—	11	1	7
Burgdorf	2	2	—	28	6	17
Courtelary	6	6	—	35	12	23 ⁵
Delsberg	9	9	—	14	4	9
Erlach	—	—	—	—	—	—
Fraubrunnen	4	4	—	21	8	12 ⁷⁵
Freibergen	—	—	—	—	—	—
Frutigen	1	1	—	—	—	5
Interlaken	1	1	—	—	—	9
Konolfingen	4	4	—	18	7	12
Laufen	5	4	—	30	2	15
Laupen	1	1	—	—	—	4
Münster	29	29	—	3	1	2
Neuenstadt	1	1	—	4	—	4
Nidau	1	1	—	14	—	14
Oberhasli	1	1	—	—	—	7
Pruntrut	2	2	—	20	10	15
Saanen	—	—	—	—	—	—
Schwarzenburg	—	—	—	—	—	—
Seftigen	3	3	—	14	4	10
Signau	1	1	—	—	—	1
Ober-Simmental	—	—	—	—	—	—
Nieder-Simmental	1	1	—	4	—	4
Thun	13	13	—	14	1	8 ⁸⁸
Trachselwald	4	2	—	7	27	13
Wangen	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Für die gemäss § 23 EG zum SchKG die untere Aufsichtsbehörde erstinstanzlich kompetent ist.

Tafel III

Zusammenstellung der Anzahl der Geschäfte

Amtsbezirk	Zahlungsbefehle	Vollzogene Pfändungen			Aufschubbewilligungen	Verwertungen				Verlustscheine ⁵⁾
		Zusammen ¹⁾	Davon Lohnpfändungen	Gruppen		Insgesamt durchgeführte Verwertungsverfahren	Davon auf Grund von Lohnpfändungen ²⁾	Steigerungen ³⁾		
								Liegenschaftssteigerungen	Fahrnissteigerungen ⁴⁾	
Aarberg	1,551	376	81	36	148	101	95	—	6	200
Aarwangen	2,004	726	55	72	212	58	46	—	12	164
Bern	40,467	10,695	1,576	1,181	2,204	1,200	982	4	171	6,535
Biel	12,648	6,383	985	425	833	827	795	2	25	2,256
Büren	1,801	469	71	62	149	51	38	2	13	111
Burgdorf	3,721	1,526	114	54	220	115	109	—	6	556
Courtelary	3,894	1,892	118	151	711	46	36	3	7	247
Delsberg	4,650	2,096	232	190	571	98	88	4	6	431
Erlach	520	219	13	23	89	5	3	—	2	15
Fraubrunnen	1,424	409	30	72	202	32	28	—	3	80
Freibergen	1,122	203	19	27	100	24	21	1	2	30
Frutigen	1,426	605	52	47	198	10	—	2	8	163
Interlaken	4,403	1,659	145	144	750	117	88	2	27	523
Konolfingen	1,745	640	62	43	146	280	45	1	7	173
Laufen	1,464	481	42	49	340	27	24	—	3	89
Laupen	680	255	13	16	80	1	—	—	—	19
Münster	4,505	1,762	444	210	541	266	260	—	6	698
Neuenstadt	624	136	14	28	85	109	—	1	—	39
Nidau	2,107	676	82	38	171	50	40	—	10	335
Oberhasli	1,218	553	89	41	258	60	56	—	4	120
Pruntrut	4,737	1,488	61	248	546	78	72	4	10	257
Saanen	741	162	11	22	57	9	8	—	1	36
Schwarzenburg	870	262	18	21	115	19	10	2	7	34
Seftigen	1,885	833	66	64	269	160	146	1	13	151
Signau	1,492	556	59	94	132	32	24	—	8	44
Ober-Simmental	971	319	23	35	88	19	19	—	—	18
Nieder-Simmental	1,769	608	75	79	341	67	52	—	8	141
Thun	7,538	1,281	312	265	502	239	221	5	13	571
Trachselwald	1,279	540	13	67	234	22	13	1	8	160
Wangen	2,055	646	64	47	168	52	45	2	5	171
Total	115,311	38,456	4,939	3,851	10,460	4,174	3,364	37	391	14,367

¹⁾ Inbegriffen fruchtlose Pfändungen.

²⁾ Inkasso der gepfändeten Lohnquoten, Abtretung an Zahlungsstatt oder Anweisung zur Eintreibung derselben nach Art. 131 SchKG, Steigerungen.

³⁾ Inbegriffen ergebnislos verlaufene Steigerungen.

der Betreibungs- und Konkursämter pro 1943

Tafel III

Arreste	Retentionsverzeichnisse	Eigentumsverbehalte	Konkursandrohungen	Konkurse									Liegenschaftsverwaltungen im Betreibungs- und Konkursverfahren ⁶⁾	Neu eröffnete Nachlassverfahren	
				Begonnene Konkurse	Von früher her un- beendigte Konkurse	Zusammen	Durchgeführte Konkurse mit ordentlicher Verwaltung	Davon summarisch erledigte Konkurse	Erledigte Konkurse mit Liegenschaften	Durchgeführte Konkurse mit ausserordentlicher Verwaltung	Auf andere Weise erledigte Konkurse	Auf Ende des Jahres noch hängig		in denen der Betreibungs- beamtete Sachwalter war	in denen der Betreibungs- beamtete nicht Sachwalter war
4	13	109	38	1	—	1	—	—	—	—	—	1	7	1	1
1	9	240	55	2	1	3	3	3	—	—	—	—	10	—	1
55	619	2,733	820	30	32	62	32	17	3	—	6	24	59	3	5
10	109	739	341	8	4	12	3	2	2	—	2	7	21	—	1
—	9	228	32	—	2	2	1	1	1	—	—	1	7	—	—
3	9	180	159	4	2	6	2	2	2	—	2	2	10	—	—
2	25	243	73	2	—	2	2	—	—	—	—	—	17	—	1
3	6	232	69	2	2	4	—	—	—	—	—	4	20	—	—
—	2	29	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	1
3	6	98	51	3	1	4	—	—	—	—	2	2	1	—	—
1	8	79	68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	1	—
2	5	91	56	1	1	2	1	1	—	—	1	—	5	—	—
7	15	338	200	4	1	5	5	1	5	—	—	—	14	—	3
4	8	135	21	1	2	3	1	—	1	—	1	1	7	2	2
4	4	101	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—
—	3	48	83	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	7	433	266	2	3	5	3	2	2	1	—	1	29	—	—
—	5	53	37	1	—	1	—	—	—	—	—	1	11	—	—
2	2	131	53	1	—	1	—	—	—	1	—	—	5	—	—
6	2	59	5	1	—	1	1	1	1	—	—	—	2	—	1
5	27	286	218	2	—	2	—	—	—	—	—	2	40	—	—
3	2	32	76	—	1	1	1	—	1	—	—	—	1	—	—
1	3	55	72	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	2
13	10	120	62	1	—	1	1	1	1	—	—	—	12	—	—
2	—	79	130	4	—	4	1	1	1	—	—	3	4	—	—
4	4	62	22	2	—	2	—	—	—	—	1	1	5	—	—
—	5	97	34	1	3	4	2	2	2	—	1	1	9	—	—
13	36	581	152	11	3	14	10	10	4	—	2	2	41	—	1
2	4	77	43	—	2	2	2	—	2	—	—	—	8	—	1
1	6	168	54	—	2	2	1	1	1	—	—	1	4	—	—
153	963	7,856	3,320	84	62	146	72	45	29	2	18	54	369	7	20

4) Inbegriffen Steigerungen von Rechten und Forderungen.

5) Definitive Verlustscheine in Betreibungen und Konkursen.

6) Zu zählen nach gesonderter Kostenrechnung.